

*Durch politische Spielchen unter Druck der Regierungsbildung ist die Abstimmung über eine Lockerung de Abtreibungsgesetzes (u.a. Verlängerung der Abtreibungsfrist von 12 auf 18 Wochen) zum dritten Mal verschoben worden.*

Aus Brüssel berichtet

Gerd Zeimers

Der Gesetzesvorschlag (aus der Feder der PS-Abgeordneten Eliane Tillieux) enthält drei wesentliche Aspekte: Verlängerung der Frist für einen freiwilligen Schwangerschaftsabbruch (ohne medizinische Gründe) von zwölf auf 18 Wochen, die Abschaffung strafrechtlicher Sanktionen und die Verkürzung der Bedenkzeit für die Frau von sechs auf zwei Tage. Eine Mehrheit von Sozialisten, Liberalen, Grünen, PTB und DéFI unterstützt den Text. CD&V, N-VA, CDH und Vlaams Belang sind dagegen. Die parlamentarische Arbeit hatte bereits 2018 begonnen; es wurden 20 Experten gehört; und zwei Mal gab eine breite Mehrheit grünes Licht im zuständigen Ausschuss.

Über diese Lockerung des Abtreibungsgesetzes sollte am Donnerstag definitiv im Kammerplenium abgestimmt werden. Dazu kam es aber nicht. Wie schon bei der Plenarsitzung im März, als die Gegner der neuen Regelung Abänderungsvorschläge eingereicht hatten, die vom Staatsrat geprüft werden mussten, wandten CD&V, N-VA und CDH dieses Manöver erneut an, um die Abstimmung zu verzögern. Mit der Unterstützung von N-VA, CDH, CD&V und Vlaams Belang wurde die erforderliche Mindestanzahl von 50 Stimmen für den Antrag eines (inzwischen dritten) Gutachtens zu insgesamt zehn Abänderungsvorschlägen (vor allem juristischen Präzisierungen) beim Staatsrat erreicht. Wie lange der Gesetzesvorschlag dann auf die lange Bank geschoben wird, liegt im Ermessen von Kammerpräsident Patrick Dewael (Open VLD), der eine beschleunigte Prüfung binnen fünf Tagen einfordern kann. Dewael, der dies am Freitag entscheiden wird, warnte bereits: „Es kann nicht sein, dass mit solchen Methoden ein Gesetzesvorschlag, für den es eine Mehrheit gibt, auf ewig aufgeschoben werden kann.“

Die ostbelgische Abgeordnete Kattrin Jadin (MR-PFF), die die Lockerung der Abtreibungsregeln voll und ganz unterstützt, ist enttäuscht: „Es ist doch nicht normal, dass das Parlament und eine politische Mehrheit auf diese Weise ausgehebelt werden. Das ist in einer Demokratie grenzwertig.“ Wie die Eupenerin empörten sich auch andere Abgeordnete darüber, dass eine solch wichtige Frage wie eine Abtreibungsregelung von einer Regierungsbildung in Geiselhaf genommen wird.

Vor der Plenarsitzung hatte der CD&V-Vorsitzende Joachim Coens für politische Hochspannung gesorgt. Er hatte gedroht, von seinem Auftrag der Regierungsbildung zurückzutreten, den er derzeit mit seinen Kollegen Egbert Lachaert (Open VLD) und George-Louis Bouchez (MR) wahrnimmt, wenn das neue Abtreibungsgesetz am Donnerstag durchkommen sollte. Es war Bouchez, der die Lunte ans Pulverfass gelegt hatte, als er über Twitter mitteilte, dass er den Kammerabgeordneten der MR völlige Freiheit bei der Abstimmung über ethische Fragen lasse. Dies empfand Coens als Wortbruch, da es eine Abmachung gegeben habe, das Votum auf die Zeit nach der Sommerpause zu verschieben. Letztendlich war die Drohung von Coens zwar gegenstandslos, da die Abstimmung ohnehin nicht stattfand, aber sie ist bezeichnend für die Atmosphäre unter den Regierungsparteien. Coens spricht von einem „Vertrauensproblem“ mit der MR. Die flämischen Christdemokraten wollen die Frage des freiwilligen Schwangerschaftsabbruchs auf die Tagesordnung der Regierungsbildung setzen. Wenn nicht, dann gebe es „kein Trio mehr“, so Coens. Für Bouchez ist dagegen alles in Butter: „Die CD&V bleibt ein Vertrauenspartner, aber sie muss begreifen, dass zum Ende eines parlamentarischen Verfahrens eine Abstimmung stattfindet.“

Bouchez, Lachaert und Coens, auch die „drei Könige“ genannt, die vor ein paar Wochen das Heft zur Bildung einer neuen Föderalregierung in die Hand genommen haben, versuchen die flämischen Sozialisten (SP.A) für eine Regierung ohne deren frankofone Schwesterpartei, die PS, zu gewinnen. Inzwischen hat SP.A.-Chef Conner Rousseau seine Bedingungen für eine „Arizona“-Koalition aus Open VLD, CD&V, CDH, MR, N-VA und SP.A (76 Sitze) auf den Tisch gelegt. Von ihm wurde erwartet, dass er Farbe bekennt, aber er schlägt den Ball zurück und stellt Bedingungen, die vor allem soziale Akzente tragen: faire Besteuerung (mehr Steuern auf große Vermögen und multinationale Unternehmen, aber nicht auf Konsum), Refinanzierung des Gesundheitswesens mit mehr Mitteln für bessere Arbeitsbedingungen, Erhöhung der Mindestlöhne und niedrigsten Renten. Rousseau fordert auch Investitionen in Unternehmen, um das Beschäftigungsniveau zu halten. Sicherheit, Umwelt und Mobilität sind ebenfalls ein Thema. Wenn ihre Bedingungen erfüllt werden, könnten die flämischen Sozialisten bereit sein, einer Regierung ohne die PS beizutreten.

Die Frage ist nun: Sind diese Ansprüche für die anderen Parteien verhandelbar? Die Präsidenten der drei Regierungsparteien werden sich als Erstes mit den Bedingungen der SP.A. befassen. Eventuell kann es am Freitag oder am Wochenende zu einem Treffen mit den sechs Parteien kommen. Für die Bildung einer neuen Regierung sieht es damit aber immer noch nicht rosig aus: Selbst wenn Open VLD und MR all die sozialen Akzente schlucken wollen, bleibt die Frage, ob die N-VA sich dem anschließen will.

Aus Brüssel berichtet

Copyright © 2020 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten